

Verkehrte Welt, verkehrte Wahl: Sind wir in Absurdistan?

Von Ulrich von Alemann

Haben Sie jemals in Deutschland eine so verrückte politische Konstellation erlebt? Das Land ist kollektiv in den Urlaub abgerückt, just zu Beginn eines heißen Wahlkampfes, der uns alle politisch aufwühlen sollte. Wir aber fahren in den Ferienstau oder lassen uns schon die Sonne auf den Pelz brennen - statt unserer Staatsbürgerpflicht zu genügen, Parteiprogramme durchzuackern und eine Entscheidung vorzubereiten. Wie der Bundespräsident, dem sah man an, dass er schwer mit sich gerungen hatte.

Verkehrte Welt. Der Bundeskanzler hat alles angezettelt, weil er die Vertrauensfrage angesagt hat, um kein Vertrauen zu kriegen, damit er mit neuem Vertrauen weiterregieren kann. Sein Partei- und Fraktionschef Müntefer-

ring hat dies am 1. Juli im Bundestag treuselig so formuliert. Das war zwar richtig, aber auch falsch. Er hätte nicht sagen dürfen, dass seine SPD-Fraktion zum Kanzler Vertrauen hat, weil die Abgeordneten darauf vertrauen sollten, das Vertrauen zu entziehen, um dann mit demselben Kanzler als Spitzenkandidat in den neuen Wahlkampf zu ziehen. Dieses absurde Theater kennen wir Beobachter des Berliner Sommertheaters nur zu gut, dass es ganz logisch erscheint. Aber was meint der europäische oder der aserbaidschanische Beobachter dazu? Kommt das letzteren bekannt vor? Das ist das deutsche

Problem, dass es sich nicht mehr von Absurdistan unterscheidet.

Wahl verkehrt. Der Bundespräsident hat mit tieftraurigem Dackelblick die Parlamentsauflösung verkündet, weil er die Situation genauso verfahren sieht, wie ihm das der Kanzler in seiner besten Parlaments-



rede überhaupt am 1. Juli geschildert und in vertraulichen Dossiers erklärt hat. Aber vorneweg verkündet der Präsident erst einmal einen flammenden politischen Aufruf, wie schlimm es um das Land bestellt ist, warum er also meint, dass neu gewählt werden muss. Was nicht seine Aufgabe ist. Unsere Zukunft, unsere Kin-

der, unsere Haushalte stünden alle auf dem Spiel. „Die bestehende föderale Ordnung ist überholt“ - nanu, das wird das Bundesverfassungsgericht, an das sich der Präsident im Grunde hauptsächlich wendet, aber nicht gerne hören. Denn dieser Föderalismus gehört zum unaufhebbaren Ewigkeitsbestand des Grundgesetzes. Und es wird noch ärger: „Wir haben zu wenig Kinder, und wir werden immer älter!“ Also: Kinder kriegen und früher sterben, heißt der zwingende Kurzschluss - Wahl verkehrt, Welt verkehrt, ist der Sommer nun zu heiß oder zu kalt, dass nichts mehr stimmt?

Diese Wahl spielt Ball verkehrt. In eine neue Linkspartei hat sich schnell die (mittel-) alte PDS (15 Jahre ist für eine Partei kaum postpubertär) umbenannt, um mit Lafontaine und seinen

WASGLern ein Tänzchen zu wagen. Wer mit dem Oskar tanzt, der tanzt wohl nur einen Sommer. Denn dieses krude Bündnis aus postkommunistischen Ostkadern und frustrierten Westfunktionären der Gewerkschaften hat keine soziale Bewegung hinter sich. Nur auf dieser Basis bilden sich politische Parteien, alles andere ist Strohfeuer. Trotzdem wird nun auf konservativer Seite der Popanz der Rot-noch-Röter-Grün-Volksfront aus der Mottenkiste geholt, um den Wähler mit diesen Socken zu erschrecken.

Und wo steht in dieser verkehrten Wahlwelt dieses Sommers das Bundesverfassungsgericht? Ruhig wie der Fels von Karlsruhe? Wird es die aufgedrehten Politiker Mores lehren und im August April April rufen: Es ist keine Wahl im September Zwofünf? Keiner geht hin, der

Kanzler genießt weiter das volle Vertrauen der Bundestagsmehrheit. Der Bundespräsident hat sich von ihm täuschen lassen, er muss mit dem Wähler warten bis September Zwosechs? Wohl kaum. Wie bei Kohls Verfahren 1983, wo alles noch absurder war, wird Stirnerunzeln, Zähneknirschen, Zeigefingerdrohen („Macht das ja nicht noch mal!“) die Mimik bestimmen, wenn die roten Roben zur Urteilsverkündung schreiten. Wie ja auch die Stirn des Bundespräsidenten am 21. Juli sichtbar in Falten lag.

Und dann dürfen, können, müssen wir wählen am 18. September. Nur was?

Professor Ulrich von Alemann lehrt an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf Politikwissenschaft.